

Fragen

für die Fragestunde der 162. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 27. Mai 2020

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	77, 78	Jung, Christian, Dr. (FDP)	30, 31
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 56	Kappert-Gonther, Kirsten, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 10
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57, 73	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 46
Brandner, Stephan (AfD)	1, 2	Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	15, 85	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	76	Kluckert, Daniela (FDP)	5
Faber, Marcus, Dr. (FDP)	6	Konrad, Carina (FDP)	43, 86
Friesen, Anton, Dr. (AfD)	63, 64	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 58
Frömming, Götz, Dr. (AfD)	53	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	3, 87
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 72	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 37
Gohlke, Nicole (DIE LINKE.)	38	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	79
Grundl, Erhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 48	Kuhle, Konstantin (FDP)	59
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	13, 70	Lay, Caren (DIE LINKE.)	80
Hartwig, Roland, Dr. (AfD)	14, 71	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17
Herbrand, Markus (FDP)	39, 52	Luksic, Oliver (FDP)	22, 23
Herbst, Torsten (FDP)	32, 33	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	4
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	11, 12	Nestle, Ingrid, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	60, 74
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	16, 84		
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	68, 69		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Neumann, Martin, Dr. (FDP)	75	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35
Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	65, 66	Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19
Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 50	Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42
Peterka, Tobias Matthias (AfD)	51, 81	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	20, 21
Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ...	61, 62	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	82, 83
Renner, Martina (DIE LINKE.)	54, 55		
Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7		
Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	67		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	13
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	15
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	23

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

1. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass das Infektionsschutzgesetz zur Gänze oder in Teilen verfassungswidrig ist?
2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Auf welche Gesamtsumme werden sich nach Schätzungen der Bundesregierung die Entwicklungskosten für die sogenannte „Corona-Warn-App“ belaufen, und wann ist mit ihrer Fertigstellung zu rechnen?
3. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD) Ist der Bundesregierung bekannt, welche Kosten durch die Entwicklung der sogenannten Tracing-App der Firmen Deutsche Telekom und SAP entstehen (www.bundesgesundheitsministerium.de/presse/pressemitteilungen/2020/2-quartal/tracing-app.html)?
4. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.) Wie häufig überprüft das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte den Baufortschritt bei den Unternehmen, die einen Zuschlag für den Anbau von Medizinalcannabis erhalten haben, und wann genau werden die Anlagen jeweils den Betrieb aufnehmen?
5. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP) Welche neuen Erkenntnisse, bezogen auf eine zukünftige Einbindung Taiwans in die Weltgesundheitsorganisation, erlangte die Bundesregierung auf der WHO-Jahrestagung in der 21. Kalenderwoche 2020 (www.faz.net/aktuell/politik/ausland/kritik-an-ausschluss-taiwans-von-der-who-jahrestagung-16771674.html)?
6. Abgeordneter
Dr. Marcus Faber
(FDP) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass Taiwan ein „Leuchtturm in der Corona-Krise“ ist (www.zeit.de/politik/ausland/2020-04/coronavirus-taiwan-strategie-massnahmen-quarantaene), und welche Aspekte des Infektionsschutzes lassen sich aus Sicht der Bundesregierung auf das deutsche Gesundheitsmanagement übertragen?
7. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie viele COVID-19-Infizierte und Todesfälle gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in Wohnheimen (besondere Wohnformen für Menschen mit Behinderungen [§ 42a SGB XII], Alten- und Pflegeheime, Unterkünfte für Geflüchtete, Gefängnisse sowie Obdachlosenunterkünfte), und inwiefern führt die Bundesregierung Gespräche mit den Ländern über weitere Schutzmaßnahmen für die betroffenen Personen?

8. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist aus Sicht der Bundesregierung eine laut des Situationsberichts des RKI vom 19. Mai 2020 gegenüber der restlichen Bevölkerung deutlich erhöhte Mortalität durch COVID-19 bei in Einrichtungen nach § 36 des Infektionsschutzgesetzes (z. B. Pflegeeinrichtungen, Obdachlosenunterkünfte, Einrichtungen zur gemeinschaftlichen Unterbringung von Asylsuchenden, sonstige Massenunterkünfte, Justizvollzugsanstalten) betreuten oder untergebrachten Personen von 3 007 verstorbenen Personen bei insgesamt 14 936 Fällen zu erklären, und welche Sofortmaßnahmen hat die Bundesregierung seit Bekanntwerden dieser erhöhten Fallzahlen unternommen?
9. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung die Befragung des Hebammenverbands zum Verdienstausschlag freiberuflicher Hebammen bekannt, bei der 3 356 Hebammen angaben, je nach Leistungsangebot bis zu 71 Prozent finanzielle Einbußen aufgrund der COVID-19-Pandemie zu haben, und wird die Bundesregierung einen Vorschlag für einen finanziellen Ausgleich für Hebammen vorlegen (sogenannter „Rettungsschirm“, vgl. www.derwesten.de/region/coronavirus-hebammen-notstand-corona-schwanger-in-nrw-wir-fallen-durch-alle-raster-id229118310.html)?
10. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat die Bundesregierung darauf verzichtet, im Rahmen der umfangreichen Corona-Gesetzentwürfe vorzuschlagen, die medikamentöse Raucherentwöhnung als Kassenleistung zu ermöglichen, obwohl Raucherinnen und Raucher zur Risikogruppe für schwere COVID-19-Verläufe gehören (vgl. www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html#doc13776792bodyText3) und Lungenfachärzte einen Rauchausstieg empfehlen (vgl. www.lungenaerzte-im-netz.de/news-archiv/meldung/article/rauchen-erhoeht-corona-erkrankungsrisiko/)?
11. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Wie wird die Bundesregierung die Dunkelziffer an COVID-19-Infektionen, die nicht gemeldet wurden, erkunden, und stimmt die Bundesregierung meiner Auffassung zu, dass es repräsentative, wiederholte Tests auf COVID-19 geben muss, um eine Grundlage für politische Entscheidungen zu haben?
12. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Prüft das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) derzeit die prioritäre Beschaffung von Atemschutzmasken und Mund-Nasen-Bedeckungen aus deutscher oder europäischer Produktion, nachdem erneut mehrere Lieferungen von defekten Atemmasken an die Kassenärztlichen Verein-

igungen der Bundesländer erfolgt sind, und schließt dies auch eine Unterstützung der deutschen Produzenten bei der Zertifizierung ihrer Produkte ein (www.tagesspiegel.de/politik/aerger-bei-kassenaerztlichen-vereinigungen-bund-liefert-e-defekte-atemmasken-fuer-arztpraxen/25840190.html)?

13. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie erklärt die Bundesregierung die weiter anhaltenden Probleme, Kliniken mit ausreichend Schutzmasken zu versorgen, und was will die Bundesregierung dagegen unternehmen (www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/masken-lieferung-101.html)?
14. Abgeordneter
Dr. Roland Hartwig
(AfD)
- Welche Rückschlüsse für ihr eigenes Handeln zieht die Bundesregierung aus den Äußerungen des Vorstandsvorsitzenden des Weltärztebundes, Frank Ulrich Montgomery, vom 27. April 2020 eine „gesetzliche Pflicht für nicht funktionierende Masken“ sei „ein Armutszeugnis eines Staates“ sowie „wissenschaftlicher Unsinn“; und weiter: „Wenn schon Gesetz, dann bitte richtig, aber nicht so nur das Versagen der Politik kaschieren, dass sie bis heute nicht in der Lage sind, uns mit ausreichend Masken zu versorgen“ (www.deutschlandfunk.de/weltaerztepraesident-montgomery-pflicht-fuer-nicht.694.de.html?dram:article_id=475525)?
15. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Warum hat das BMG im Rahmen eines sogenannten Open-House-Verfahrens Ende März 2020 Unternehmen die Abnahme von FFP2-Masken zu einem festgelegten Preis in Höhe von 4,50 Euro pro Stück garantiert, obwohl der damals übliche Marktpreis für diese medizinische Schutzausrüstung bei 1,68 Euro lag und damit, Presseberichten zufolge, der freie Wettbewerb ausgehebelt und die Beschaffung für Kliniken und Pflegeheime zusätzlich erschwert wurde (www.sueddeutsche.de/wirtschaft/coronavirus-schutzmasken-jens-spahn-1.4913975), und wie viele Unternehmen haben den Zuschlag bekommen (bitte unter Nennung des Gesamtvolumens)?
16. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Regionen in Nachbarländern Deutschlands sind nach Kenntnis der Bundesregierung in der Corona-Krise nur deshalb als Hochrisikogebiete (im Falle Frankreichs etwa „Rotes Gebiet“) eingeordnet bzw. eingeordnet gewesen, weil Krankenhäuser im Falle eines Infektionsgeschehens ausgelastet wären, und nicht etwa, weil es dort zu einer deutlichen Zunahme von COVID-19-Erkrankungen gekommen ist, und wieso

hat sie nicht erwogen bzw. unterlassen, die Grenzkontrollen zu diesen Regionen bereits vor Mitte Mai 2020 zu lockern?

17. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit plant das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), im Sinne einer präventiven Gesundheitspolitik Einschränkungen im Wildtierhandel, bspw. ein Importverbot von lebenden Wildtieren, vorzunehmen und analog zum Vorgehen beim Vorkommen von Affenpocken im Jahr 2003 und der Vogelgrippe im Jahr 2005 tätig zu werden?
18. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit Investitionskosten in welcher Höhe zur digitalen Ausstattung von ambulanten Pflegediensten und stationären Pflegeeinrichtungen, unabhängig von den Anschluss- und Betriebskosten für die Telematik-Infrastruktur, rechnet die Bundesregierung, und durch wen sieht sie die Finanzierung sichergestellt?
19. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele ambulante Pflegedienste und stationäre Pflegeeinrichtungen (bitte um Aufschlüsselung nach diesen Einrichtungsarten) haben für Investitionen in ihre digitale Infrastruktur einen Zuschuss aus dem Ausgleichsfonds der Pflegeversicherung erhalten, und wie hoch ist die Summe der gewährten Zuschüsse (bitte um quartalsweise Auflistung für die Jahre 2019 und 2020)?
20. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen möchte die Bundesregierung die Lohnfortzahlung für Eltern im Falle von geschlossenen Kitas und Schulen nach § 56 Absatz 1a und 2 des Infektionsschutzgesetzes lediglich auf 10 Wochen bzw. 20 Wochen für Alleinerziehende und nicht für die gesamte Dauer der pandemiebedingten Schließung verlängern (www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/eltern-in-corona-pause-erhalten-laenger-lohnfortzahlung,RzW9heQ/)?
21. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen plant die Bundesregierung in diesem Zusammenhang keine Erhöhung der Entschädigung, die derzeit 67 Prozent des Verdienstausfalls beträgt, um insbesondere Familien mit geringem Einkommen und Alleinerziehende besser finanziell abzusichern (www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/eltern-in-corona-pause-erhalten-laenger-lohnfortzahlung,RzW9heQ/)?
22. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Wie viele Beatmungsgeräte wurden seit dem Ausbruch des Coronavirus in Deutschland vonseiten des Bundes ins Saarland geliefert, und wer kommt für die vom Bund für das Saarland eingepflanzten

bzw. bestellten Beatmungsgeräte auf (bitte nach prozentualen sowie absoluten Zahlen bezüglich der Kosten aufgeschlüsselt)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

23. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Wie kann die Bundesregierung eine zeitnahe bundesweit einheitliche Aufhebung der in den Ländern bestehenden Reisebusverbote sicherstellen, und welche Maßnahmen ergreift sie, um die durch Corona bzw. die zugehörigen Einschränkungen betroffenen Unternehmen zu unterstützen (bitte nach Bundesländern sowie insgesamt aufgeschlüsselt)?
24. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Überarbeitet bzw. lässt die Bundesregierung derzeit im Nachgang der Änderungen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes Anfang 2020 die Standardisierte Bewertung von Projekten überarbeiten, und wenn ja, wann wird eine überarbeitete Fassung vorliegen?
25. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Ressorts bzw. Stellen innerhalb der Bundesregierung waren in welchem konkreten Umfang am Prozess zur Auswahl des Standortes des Deutschen Zentrums Mobilität der Zukunft in München beteiligt (bitte detailliert darstellen)?
26. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Bahnübergänge gibt es entlang der sogenannten „Amerikalinie“ beim Projekt Hamburg/Bremen – Hannover, und welche Städte und Kommunen haben an die Deutsche Bahn AG bereits den Wunsch herangetragen, dass diese durch Straßenüberführungen oder Straßenunterführungen ersetzt werden sollen (vgl. www.hamburg-bremen-hannover.de/files/pdf/projektbriefe/Projektbrief_HHBH_1_2020.pdf)?
27. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Bahnübergänge mit Schranken in Brandenburg (bitte unter Angabe der Zeitschiene und Kostenaufteilung) entlang der Bahnstrecke Berlin – Cottbus – Weißwasser – Görlitz sollen durch eine Über- oder Unterführung ersetzt werden im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarung des kohleausstiegsbedingten Strukturwandels (www.rbb.24.de/wirtschaft/beitrag/2020/04/milliarden-euro-verkehrsprojekt-kohlelaenderrevier-ice-strecke-berl)?

in-cottbus-goerlitz.html) des Projekts des zweigleisigen Ausbaus und Elektrifizierung für 160 bzw. 200 km/h zur ICE-Nutzung?

28. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Mittel für Planung und Bau von Stuttgart 21 wurden bis Ende 2019 (oder den zuletzt verfügbaren Zeitpunkt) in Anspruch genommen (bitte getrennt nach bereits abgeflossenen und den darüber hinaus gehenden vertraglich gebundenen Mitteln differenzieren), und wann ist nach heutiger Einschätzung der Bundesregierung der Kostenrahmen von 8,2 Mrd. Euro ausgeschöpft?
29. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Verhandlungsstand zwischen der Bundesregierung und der Deutschen Bahn AG hinsichtlich eines Rettungspakets für das bundeseigene Unternehmen Deutsche Bahn AG, und wie hoch ist der damit verbundene Eigenbeitrag des bundeseigenen Unternehmens Deutsche Bahn AG im Personalkostenbereich in den Jahren 2020 bis 2025?
30. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung Vorwürfe, dass die staatlichen Hilfen für die Deutsche Bahn AG zu einer möglichen Wettbewerbsverzerrung zu Lasten anderer Bahnunternehmen führen könnten, und plant die Bundesregierung, Unternehmen im öffentlichen Nahverkehr, die ihren Betrieb ebenfalls aufrechterhalten haben, finanziell zu unterstützen (vgl. www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bahn-nahverkehr-busbranche-verkehrssektor-buhlt-um-corona-hilfen-haushaltspolitiker-sprechen-von-vapiano-effekt/25830126.html?ticket=ST-82993-TV0QeRNos10x6iGqby6p-ap2)?
31. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung im Rahmen des Bundesprogramms „Zukunft Schienengüterverkehr“ die Differenz zwischen dem ermittelten Bedarf von 1 Mrd. Euro über 5 Jahre und der geplanten Fördersumme von 30 bzw. 60 Mio. Euro pro Jahr (vgl. DVZ.de, „Die Schiene benötigt 1 Mrd. Euro für Innovationen“ vom 24. September 2018; abrufbar unter: www.dvz.de/rubriken/politik/detail/news/die-schiene-benoetigt-1-mrd-euro-fuer-innovationen.html & Finanztreff.de, „Scheuer startet neue Förderung für Schienengüterverkehr“ vom 20. Mai 2020; abrufbar unter: www.finanztreff.de/news/scheuer-startet-neue-foerderung-fuer-schienengueterverkehr/20500702)?
32. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Ist es nach Kenntnis der Bundesregierung gegenwärtig in allen von der Deutschen Bahn AG (DB AG) betriebenen Zügen im Nah- und Fernverkehr sowie an Servicepunkten der DB AG an Bahnhö-

fen möglich, uneingeschränkt kontaktlos via NFC-Datenübertragung sowie Google und Apple Pay zu bezahlen, und falls nicht, welche Schritte plant die DB AG nach Kenntnis der Bundesregierung, um kontaktloses Bezahlen für alle Kundentransaktionen zeitnah zu ermöglichen?

33. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie viele internationale Zugverbindungen zwischen Deutschland und seinen Nachbarstaaten wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Monaten April und Mai 2020 durchgeführt, und bis wann soll das Angebot grenzübergreifender Schienenpersonenverkehre nach Planung der Bundesregierung wieder auf Normalniveau zurückkehren?
34. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich die Zahl der jährlichen Flugverbindungen zwischen München und Nürnberg nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln und bitte jeweils für die Flugverbindung von München nach Nürnberg und für die Flugverbindung von Nürnberg nach München angeben), und welche Fluggesellschaften haben die Flugverbindung zwischen München und Nürnberg nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren bedient (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
35. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich die Zahl der jährlichen Flugpassagiere auf der Flugverbindung zwischen München und Nürnberg nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren entwickelt, und wie viele davon waren Umsteigepassagiere (bitte jeweils für die Flugverbindung von München nach Nürnberg und für die Flugverbindung von Nürnberg nach München angeben und bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
36. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie haben sich in den letzten zwölf Monaten, für die der Bundesregierung entsprechende Daten vorliegen, die durchschnittlichen CO₂-Emissionswerte von neu zugelassenen Benzin- und Diesel-Pkw jeweils entwickelt (bitte für die einzelnen Monate nach Benzin- und Diesel-Pkw aufschlüsseln), und kann die Bundesregierung ausschließen, aufgrund der Coronakrise solche Konjunkturfürhilfen für die Automobilbranche zu beschließen, die eine Prämie beim Neukauf von solchen Pkw vorsehen, die ausschließlich einen Verbrennungsmotor besitzen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit**

37. Abgeordneter
**Stephan Kühn
(Dresden)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche tatsächliche Sammelquote wird bei Antriebsbatterien für Elektrofahrzeuge derzeit in Deutschland erreicht, und welche durchschnittliche Recyclingeffizienz wird bei der Verwertung von Antriebsbatterien für Elektrofahrzeuge derzeit in Deutschland erreicht?
38. Abgeordnete
Nicole Gohlke
(DIE LINKE.)
- Zu welchem Zeitpunkt hat die Bundesregierung von dem erhöhten Austritt radioaktiver Strahlung aus dem Forschungsreaktor Garching II erfahren (www.sueddeutsche.de/muenchen/garching-forschungsreaktor-tu-muenchen-radioaktivitaet-1.4910068), und welche Maßnahmen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seither unternommen, um mögliche gesundheitliche Schädigungen für Menschen zu verhindern bzw. wurde eine Abschaltung des Atomreaktors geprüft?
39. Abgeordneter
Markus Herbrand
(FDP)
- Stimmt die Bundesregierung meiner Einschätzung zu, dass angesichts der aktuellen und offenbar mit der deutschen Seite unabgestimmten belgischen Pläne zur Einrichtung eines Endlagers für radioaktiven Abfall im deutsch-belgischen Naturschutzpark „Hohes Venn-Eifel“ und den damit verbundenen Ängsten der grenznahen Regionen (www.aachener-zeitung.de/lokales/eifel/plaene-fuer-atommuell-endlager-im-hohen-venn-loesen-sorge-aus_aid-51229739%3foutput=amp) eine verstärkte europäische/internationale Zusammenarbeit bei der Suche nach und dem anschließenden Betrieb von einem oder mehreren gemeinschaftlich geführten Endlagern größere Erfolgsaussichten auf das Finden eines dauerhaft geeigneten Endlagers für Atommüll hätte, als dies der Fall ist, wenn jedes Land im Rahmen seiner nationalen Grenzen und finanziellen Möglichkeiten individuell nach einem Endlager sucht, und wie wird sich die Bundesregierung im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft für eine diesbezüglich verstärkte Kooperation einsetzen?
40. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit ist die Bundesregierung informiert und beteiligt worden an der jetzt im Corona-Shutdown begonnenen Öffentlichkeitsbeteiligung einer Standortsuche für ein Endlager für hochradioaktive Materialien in Belgien, bei dem auch Standorte unmittelbar an der deutschen Grenze in Betracht gezogen werden (www.ondraf.be/de/node/1306), und wird die Bundesregierung sich für eine den einschlägigen, internationalen Abkommen entsprechende Beteiligung deutscher Bürgerinnen

und Bürger, Gebietskörperschaften und Institutionen bei der Regierung des Königreichs Belgien einsetzen?

41. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Initiativen wird die Bundesregierung ergreifen, um die von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in der Regierungsbefragung am 13. Mai 2020 (Plenarprotokoll 19/159) angekündigte Lastenverteilung beim Klimaschutz innerhalb der EU durchzusetzen, und von welchen europäischen Staaten ist die Bundesregierung der Auffassung, dass sie größere Beträge zum Klimaschutz leisten sollen, damit Deutschland seinen Beitrag reduzieren kann?
42. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die vom Umweltbundesamt in seinen Maßnahmen für „Nachhaltige Wege aus der Wirtschaftskrise“ vorgeschlagene Pflicht zur Nutzung von Photovoltaik-Anlagen bei Neubauten und Dachsanierungen hinsichtlich Wirkung für Energiewende und Klimaschutz (vgl. www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/421/publikationen/poshi_0011_online.pdf), und plant die Bundesregierung, eine solche Solarpflicht einzuführen (bitte begründen)?
43. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Welche Bundesministerien und Verbände sind in die Erarbeitung der für dieses Jahr angekündigten Insektenschutzstrategie des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit involviert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

44. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass wegen der Überschreitung des Jahresgenehmigungswerts für die Ableitung des Nuklids C-14 von $2,0E10$ Bq (www.stmuv.bayern.de/themen/reaktorsicherheit/meldepflicht/meldx.php?id=352) der Betrieb der Forschungs-Neutronenquelle München (FRM II) mindestens bis Ende des Jahres 2020 eingestellt werden muss, und wann frühestens erwartet die Bundesregierung die sich zehn Jahre im Verzug befindende Umrüstung des Forschungsreaktors auf nicht-waffenfähiges Uran (bitte unter Angabe des genauen Jahres und der zugrundeliegenden aktuellsten Entwicklungen, www.frm2.tum.de/?id=172)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

45. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In wie vielen durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderten Projekten (einschließlich der Projektförderung privater Träger durch Engagement Global/BENGO) kommen Pestizide – darunter insbesondere auch hoch gefährliche Pestizide (highly hazardous pesticides, HHP nach der HHP-Liste des Pestizid-Aktions-Netzwerks PAN, <https://pan-germany.org/download/pan-international-list-of-highly-hazardous-pesticides/>) – zum Einsatz, und inwiefern ist dies im Sinne der Politikkohärenz vereinbar mit dem Prinzip nachhaltiger Entwicklung und der Stärkung agrarökologischer Ansätze, wie vom Deutschen Bundestag am 24. Juni 2019 beschlossen (<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/110/1911022.pdf>)?
46. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen entwicklungspolitischen Nutzen sieht die Bundesregierung in Investitionen in große Supermarktketten wie im Falle Naivas in Kenia durch u. a. die DEG und IFC (www.foodbusinessafrica.com/2020/04/15/naivas-set-to-bag-us15m-for-sale-of-its-minority-stake-to-ifc-amethis-deg-and-mcb-equity-fund/) insbesondere für die lokale, ländliche Bevölkerung, und inwiefern besteht nach Auffassung der Bundesregierung durch die Expansion einer großen Supermarktkette wie Naiva die Gefahr, Erfolge aus entwicklungspolitischen Maßnahmen zu behindern bzw. konterkarieren, z. B. durch Verdrängungseffekte für Kleinbauern und -bäuerinnen, deren Stärkung und verbesserter Marktzugang u. a. einen Schwerpunkt der bilateralen Zusammenarbeit in Kenia darstellt (www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/Weltweite-Pr%C3%A4senz/Subsahara-Afrika/Kenia/)?

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des
Bundeskanzleramtes**

47. Abgeordneter
Erhard Grundl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen soll das von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters, in der Presse angekündigte und seit Wochen von den Verbänden und von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag geforderte Rettungs- und Zukunftspaket für Kultur

umfassen (www.deutschlandfunk.de/coronakriserueters-setzt-auf-rettungspaket-fuer.2849.html?drn:news_id=1131456), und wann ist mit einer Vorlage eines Gesetzentwurfes zum Rettungs- und Zukunftspaket zu rechnen?

48. Abgeordneter
Erhard Grundl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Worin unterscheiden sich konkret die nun angekündigten Hilfsmaßnahmen für Kultur – das Rettungs- und Zukunftspaket der Kulturstatsministerin Monika Grütters – von dem Konjunkturprogramm des Bundesfinanzministers Olaf Scholz, der angekündigt hatte, dass in dem Programm die Kultur- und Kreativwirtschaft ebenfalls berücksichtigt werden soll, und können die neu angekündigten Maßnahmen additiv zu den bereits existierenden Hilfen in Anspruch genommen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

49. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Prüfungen wurden in den Abteilungen der Bundesbetriebsprüfungen beim Bundeszentralamt für Steuern, bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, bei der Financial Intelligence Unit sowie im Warenverkehr beim Zoll seit Ausbruch der Corona-Pandemie begonnen und abgeschlossen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum?
50. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf wie viel Personal wird aufgrund der Pandemie derzeit in den Abteilungen der Bundesbetriebsprüfungen beim Bundeszentralamt für Steuern, bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit und bei der Financial Intelligence Unit bei Außenterminen verzichtet, und wie viel Personal befindet sich in den genannten Abteilungen bzw. Behörden momentan im Homeoffice im Vergleich zum Vorjahreszeitraum?
51. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Stellt die Bundesregierung Erwägungen an, nach dem Bekanntwerden der neuesten Zahlen zu Kindergeldbeziehern im Ausland (über 300 000 in 2019, vgl. Junge Freiheit vom 15. Mai 2020, <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2020/zahl-der-kindergeldbezieher-im-ausland-steigt-auf-ueber-300-000/>, zuletzt abgerufen am 20. Mai 2020), entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen etwa dergestalt zu ändern, den Bemessungssatz der Höhe der regelmäßig viel niedrigeren Lebenshaltungskosten im Ausland anzupassen (etwa nach österreichischem Vorbild, vgl. da-

zu Tagesschau.de vom 14. Mai 2020, <https://tagesschau.de/ausland/kindergeld-oesterreich-103.html>, zuletzt abgerufen am 20. Mai 2020)?

52. Abgeordneter
Markus Herbrand
(FDP) Wie verhalten sich die jeweils jährliche Anzahl der schriftlichen Einzelfragen und die jeweils jährliche Anzahl von Kleinen Anfragen, die das Bundesministerium der Finanzen (BMF) in der laufenden Legislaturperiode nicht fristgemäß beantwortet hat, zu der hiermit jeweils jährlich korrespondierenden Anzahl von schriftlichen Einzelfragen und Kleinen Anfragen, bei denen das BMF erst, nachdem die Beantwortungsfrist bereits abgelaufen war, um eine Fristverlängerung gebeten hatte, und wie bewertet die Bundesregierung diesen Umgang mit dem in der Verfassung verankerten parlamentarischen Fragerecht, dem man aus meiner Sicht mit dem gebotenen Respekt und Sorgsamkeit begegnen sollte?
53. Abgeordneter
Dr. Götz Frömming
(AfD) Inwiefern ist der deutsch-französische Vorschlag, wonach die Europäische Kommission 500 Mrd. Euro Schulden zur wirtschaftlichen Erholung nach der Corona-Krise aufnehmen soll (www.welt.de/politik/ausland/article208068193/Erstmals-EU-Schulden-Merkel-und-Macron-wollen-500-Milliarden-Euro-gegen-die-Rezession.html), mit der „No-Bailout-Klausel“ der Verträge von Maastricht, Amsterdam und Lissabon vereinbar, nach der die Haftung der Europäischen Union für Verbindlichkeiten einzelner Staaten ausgeschlossen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

54. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.) Wann hat das Landesamt für Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern dem Bundesamt für Verfassungsschutz Erkenntnisse zum Verein Uniter mitgeteilt?
55. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.) Wann hat das Bundesamt für Verfassungsschutz dem Landesamt für Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern Erkenntnisse zum Verein Uniter mitgeteilt?
56. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche konkreten Schritte wurden seit dem Anschlag von Hanau unternommen, um der Ankündigung des Bundesministers des Innern, Horst Seehofer, Moscheen besser schützen zu wollen,

Taten folgen zu lassen (siehe www.sueddeutsche.de/politik/horst-seehofer-zu-hanau-sehr-hohe-bedrohungslage-1.4808821)?

57. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Kosten (z. B. für Zuarbeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat [BMI], deren Ausfall für Pflichtaufgaben, externe Recherchen) verursachte das vom Bundesminister Horst Seehofer selbst unterzeichnete gutachterliche Schreiben des BMI für den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag Alexander Dobrindt bezüglich einer Wahlrechtsreform (www.spiegel.de/politik/deutschland/wahlrecht-opposition-wirft-innenminister-horst-seehofer-taeschungsmanoever-vor-a-156a4a23-8006-4307-aa5a-88bccf7ff194, worin ein Reformmodell kritisiert wurde zulasten der bisher vor allem durch bayerische CSU-Kandidaten gewonnenen Erststimmen und Überhangmandate), und wer hat diesen Brief veranlasst, angewiesen, erbeten beziehungsweise in Auftrag gegeben (insbesondere eingedenk des Umstandes, dass die GGO II (www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/bsv-wvbund_21072009_O11313012.htm) – vor allem in deren Kapiteln 5.2 „Zusammenarbeit/Bundestag“ und 6.1 „Rechtsetzung/Gesetzesvorlagen“ – eine solche Stellungnahme des BMI an einen Abgeordneten weder initiativ noch auf dessen etwaige Bitte hin vorsieht?

58. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Waren Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat in der Ressortabstimmung durch Verhandlungen, Gespräche oder sonstige Absprachen, insbesondere unter Beteiligung des Bundeskanzleramts, an der Erstellung der Verordnung über Sicherheitsanforderungen und vorläufige Sicherheitsuntersuchungen für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle beteiligt, und welche Änderungen im Vergleich zum Referentenentwurf vom 11. Juli 2019 (vgl. www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Glaeserne_Gesetze/19_Lp/endlsianf_vo/entwurf/endlsianf_vo_refe_bf.pdf) haben sie angeregt oder erwirkt?

59. Abgeordneter
Konstantin Kuhle
(FDP)

Wann hat sich der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, zuletzt in einem Gespräch mit seinem polnischen Amtskollegen, Mariusz Kaminski, für die Wiederherstellung eines kontrollfreien Grenzverkehrs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen eingesetzt?

60. Abgeordnete
Dr. Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen konkreten Maßnahmen und Prüfkriterien wird die Bundesregierung den Forderungen aus der Beschlussempfehlung (Bundestagsdrucksache 19/19214) zum Planungssicherstellungsgesetz nachkommen, wonach die zur Verfügung gestellten Instrumente auf ihre Bewährung in der Praxis zwecks ihrer möglichen Anwendung über die aktuelle Ausnahmesituation hinaus und auf Verbesserungsmöglichkeiten hinsichtlich barrierefreier Teilhabe zu prüfen sind?
61. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erstaufnahmestandorte für Asylsuchende, einschließlich AnKER-Zentren, sind derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung unter Quarantäne gestellt (bitte nach Nennung der jeweiligen Standorte), und wie bewertet die Bundesregierung die Maßnahme einer sogenannten „Kettenquarantäne“ einer gesamten Einrichtung nach Maßgabe des Infektionsschutzgesetzes?
62. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass in allen Bundesländern die Aufstellung und Einhaltung von Hygieneplänen für die in § 36 Absatz 1 Nummer 4 des Infektionsschutzgesetzes genannten Einrichtungen, nach den Vorgaben des Robert Koch-Instituts, eingehalten werden, und welchen aktuellen Stand gibt es bezüglich der Erarbeitung von Empfehlungen bzw. Leitlinien für Flüchtlingsunterkünfte oder ähnliche Einrichtungen durch das Robert Koch-Institut in Zusammenarbeit mit Bundes- bzw. Landesministerien bzw. Behörden?
63. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Kann die Bundesregierung erstens meine Kenntnis bestätigen, dass sich unter den am 18. April 2020 von den griechischen Inseln aufgenommenen 47 Minderjährigen (www.bmi.bund.de/ShareDocs/pressemitteilungen/DE/2020/04/ankunft-kinder-grc.html) Personen befanden, die sich zuvor bereits einmal in Deutschland aufgehalten hatten, aufgrund von Straffälligkeit aus Deutschland jedoch abgeschoben worden waren, sowie zweitens darüber Auskunft erteilen, aufgrund welcher Straftaten sie gegebenenfalls abgeschoben worden waren?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

64. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Argumentation der USA, weiterhin JPCOA-Partei zu sein, trotz des Rückzugs Washingtons vom Atomabkommen vom Mai 2018, nach meiner Ansicht wohl um auch nach dem Ablauf der Resolution 2231 des UN-Sicherheitsrats im Oktober 2020 Waffenlieferungen an den Iran unterbinden zu können (<https://nationalinterest.org/blog/middle-east-watch/trump-administration%E2%80%99s-looming-un-fight-russia-and-china-over-iran-150731>; www.nytimes.com/2018/05/08/world/middleeast/trump-iran-nuclear-deal.html; www.mdr.de/thueringen/sued-thueringen/nachrichten132.html?fbclid=IwAR0QKpTAXWzoO0QKeNI0dYLwlgDF73yBysbnwZlvnT-tGuU45K5mlhQ9V4)?
65. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Verhandlungsziele wurden laut Kenntnis der Bundesregierung bei der Wiener Nuklearvereinbarung über das iranische Atomprogramm (JCPOA) seit der Auslösung des Streitschlichtungsmechanismus im Januar 2020 erreicht, und inwieweit beabsichtigen die E3-Länder Frankreich, Großbritannien und Deutschland, eine Verlängerung zu beantragen?
66. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die ägyptische Regierung in den vergangenen Monaten an die Bundesregierung herangetreten und hat um bilaterale Unterstützungsleistungen (z. B. Kredite, Schuldenumwandlungen o. Ä.) oder diplomatische Unterstützung in Verhandlungen mit internationalen Geberorganisationen (z. B. IWF) zur Gewährung von Krediten geworben, und gedenkt die Bundesregierung, das mögliche Gewähren dieser Formen von Unterstützung oder Kombinationen solcher Unterstützung zukünftig an Vereinbarungen zur Verbesserung der Menschenrechtslage und der Regierungsführung zu binden?
67. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung über Repressionen, Strafzahlungen oder Verhaftungen von Ärztinnen und Ärzten, Journalistinnen und Journalisten oder Bloggerinnen und Bloggern vor, die sich kritisch gegenüber dem Kurs von Alexander Lukashenko während der COVID-19-Pandemie geäußert haben, und inwieweit soll der Schutz der Menschenrechte Teil der strategischen Ziele und konkreten Vorhaben zur Weiterentwicklung der deutsch-belarussischen Beziehungen werden, die eine bilaterale Beratergruppe zwischen Deutschland und Belarus im Jahr 2020 vor-

schlagen soll (<https://news.house/40802> und www.auswaertiges-amt.de/aussenpolitik/laender/belarus-node/bilaterale-beziehungen/201910)?

68. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.) Welche Angaben zur Zahl der in diesem Jahr bzw. 2019 erteilten Visa zum Familiennachzug liegen der Bundesregierung vor (bitte nach Jahren, nach Aufenthaltsstatus der Stammberechtigten und nach den vier wichtigsten Asyl-Herkunftsländern differenzieren)?
69. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.) Welche aktuellen Angaben zum Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten im bisherigen Jahr 2020 kann die Bundesregierung machen (bitte so darstellen wie in Plenarprotokoll 19/100, S. 12128, Antwort des Bundesregierung zu Frage 39)?
70. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.) Welche politischen Folgen erwartet die Bundesregierung durch die Aufkündigung der Abkommen mit den USA und Israel durch die Palästinensische Autonomiebehörde, und in welcher Weise will sie darauf reagieren (www.dw.com/de/abbas-kündigt-abkommen-mit-israel-und-den-usa-auf/a-53503264)?
71. Abgeordneter
Dr. Roland Hartwig
(AfD) Welche EU-Mitgliedstaaten unterstützen nach Kenntnis der Bundesregierung den Nahostfriedensplan „Peace to Prosperity“ der US-Administration und haben die geplante Annexion der Palästinensergebiete durch die israelische Regierung bisher nicht verurteilt oder zurückgewiesen, und welche substantiellen Unterschiede bestehen zwischen der Position der Bundesregierung und der der anderen Mitgliedstaaten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

72. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wurde der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, der Parlamentarische Staatssekretär Marco Wanderwitz, in die Standortentscheidung für das neue Zentrum Mobilität der Zukunft miteinbezogen, und wenn ja, wie ist diese Entscheidung aus Sicht des Ostbeauftragten zu begründen?

73. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Vermögenswerte lassen gegebenenfalls die Bundesregierung – oder vom Bund beherrschte öffentliche Unternehmen – durch BlackRock Inc. verwalten (bitte gegebenenfalls die betreffenden Ressorts und öffentlichen Unternehmen zuordnen), und was unternimmt die Bundesregierung auch im Interesse deutscher Klimaverbesserung, um BlackRock (einer der weltweit größten Investoren in fossilen Brennstoffen – www.zeit.de/2019/43/klimaschutz-banken-unternehmen-fracking-gelfoerderung-fossile-brennstoffe/komplettansicht; www.zeit.de/2019/43/klimaschutz-banken-unternehmen-fracking-gelfoerderung-fossile-brennstoffe/komplettansicht) insgesamt zu mehr klimafreundlichen Investitionen statt in Kohlekraftwerke und ähnliche Anlagen zu veranlassen, etwa anlässlich der BlackRock-Hauptversammlung am 21. Mai 2020 (www.finanzen.net/termine/blackrock)?
74. Abgeordnete
Dr. Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung, dass Kohlekraftwerke, deren gesetzliche Anordnung zur Reduzierung und Abschaltung in der Reihung gemäß § 29 Absatz 5 des Gesetzentwurfs zum Kohleausstiegsgesetz entsprechend §§ 34 und 35 ausgesetzt wird, im Markt bleiben und nicht in eine Reserve überführt werden?
75. Abgeordneter
Dr. Martin Neumann
(FDP)
- Warum führt die Bundesregierung immer mehr neue Instrumente wie den nationalen Brennstoffemissionshandel und Querverbindungen zur EEG-Umlage ein, statt bestehende Instrumente wie den europäischen Emissionshandel zu nutzen (www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2020/20200520-bundeskabinett-beschliesst-hoeheren-co2-preis.html)?
76. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum wurde der Gesetzentwurf zur 10. GWB-Novelle angesichts der Folgen der COVID-19-Pandemie für den Wettbewerb und seit Vorliegen des Referentenentwurfs am 24. Januar 2020 noch nicht im Kabinett beschlossen (www.wiwo.de/mypolitik/konjunktur/post-corona-wirtschaft-toet-das-virus-den-wettbewerb/25828150.html?ticket=ST-844762-bFynjf5eZHHqpmYBm3ce-ap2), und wann ist damit zu rechnen?
77. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, die geplanten Staatshilfen zur Rettung der Deutschen Lufthansa AG, bei denen „in Kürze“ mit einer Entscheidung zu rechnen ist (www.tagesschau.de/wirtschaft/lufthansa-rettungspaket-105.html), an die Erfüllung von Klimaauflagen zu knüpfen, so wie es Frankreich, die Niederlande und Österreich für Air France, KLM und die Lufthansa-Tochter Austrian Airli-

nes planen (www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/deutsche-wirtschaftshilfen-ohne-klimaschutz/), und wenn nein, warum nicht?

78. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Neuwagen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2010 im Vergleich zum durch die Abwrackprämie beeinflussten Jahr 2009 verkauft (bitte auch prozentuale Absatzentwicklung von 2009 auf 2010 angeben), und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung für die derzeit diskutierten Modelle zur Förderung der Autoindustrie?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

79. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, von ihrer Ermächtigung gemäß Artikel 240 § 4 Absatz 1 Nummer 2 EGBGB zur Verlängerung des Kündigungsschutzes für Mieterinnen und Mieter, die während und wegen der COVID-19-Pandemie ihre Miete nicht zahlen können, Gebrauch zu machen, und wenn nicht, warum nicht?
80. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die rechtlichen Möglichkeiten für Gewerbemieterinnen und Gewerbemieter, aufgrund des im Zuge der Coronapandemie behördlich angeordneten Lockdowns und der damit verbundenen Nutzungseinschränkung ihrer Geschäftsräume die Mietzahlungen (z. B. unter Berufung auf § 536 BGB) einzustellen oder zu reduzieren, und plant die Bundesregierung eine entsprechende gesetzliche Klarstellung?
81. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Sieht die Bundesregierung auch im Lichte des Wechsels von Stephan Harbarth binnen knapp zweieinhalb Jahren als Abgeordneter des Deutschen Bundestages (CDU) hin zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts (Tagesschau.de vom 15. Mai 2020, <https://tagesschau.de/inland/bundesverfassungsgericht-harbarth-neuer-praesident-101.html>, zuletzt abgerufen am 20. Mai 2020) Handlungsbedarf im Bereich der Regelungen des BVerfGG über die Wahl von Bundesverfassungsrichtern und -gerichtspräsidenten, etwa im Sinne von Sperrfristen für Berufspolitiker o. Ä., um die politische Unabhängigkeit des Gerichts zu wahren?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

82. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)**
- Wie stellte sich in den Jahren 2000, 2005, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018 und 2019 im Rentenzugang jeweils die Höhe des durchschnittlichen Zahlbetrages der Renten verminderter Erwerbsfähigkeit (bitte unterscheiden nach voller und teilweiser Erwerbsminderung) dar?
83. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)**
- Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung im Dezember 2019 (hilfsweise, falls Daten noch nicht vorliegen: September 2019) sowie in demselben Monat der Jahre 2005, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017 und 2018 jeweils die Zahl der Bezieherinnen und Bezieher der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die die Altersgrenze nach § 41 Absatz 2 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch noch nicht erreicht hatten, und wie hoch war in diesen Jahren einschließlich 2019 jeweils der Anteil der Bezieherinnen und Bezieher der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, bei denen eine Rente wegen Erwerbsminderung als Einkommen auf die Grundsicherung angerechnet wurde, an allen Bezieherinnen und Beziehern einer Rente wegen voller Erwerbsminderung im Rentenbestand der Deutschen Rentenversicherung?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

84. Abgeordneter
**Andrej Hunko
(DIE LINKE.)**
- Wann ist die „breit ausgelegte gesellschaftliche Debatte“ zur Bewaffnung von deutschen Drohnen aus Sicht der Bundesregierung beendet, sodass die Luftfahrzeuge, wie von der Bundeswehr geplant, mit Lenkbomben und Raketen ausgerüstet werden können bzw. der Deutsche Bundestag hierüber entscheiden soll (Bundeswehrgeneral Eberhard Zorn im „Livechat“ des Bundesministeriums der Verteidigung am 18. Mai 2020), und inwiefern ist die Bundesregierung bereit, den Typ und Hersteller der für die „Heron TP“ anvisierten Waffensysteme mitzuteilen, damit deren tödliche Wirkung in der „Drohnendebatte“ betrachtet und bewertet werden kann?

85. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass es seitens Russlands keine essenzielle Einschränkung der Vertragsimplementierung (material breach) bezüglich des Vertrags über den Offenen Himmel (Open Skies) gibt, da es die einseitige russische Flugstreckenbegrenzung über Kaliningrad nicht verhindert, den Vertragszweck zu erfüllen, da Beobachtungsflüge über der Exklave in ausreichendem Umfang möglich bleiben und die seit 2010 durch Russland auf Abchasien und Südossetien angewandte Vertragsregel, bei Beobachtungsflügen einen Abstand von 10 km zur Grenze von Nichtvertragsstaaten einzuhalten, für die Erkenntnisgewinnung nur von geringer Bedeutung ist (www.swp-berlin.org/publikation/angriff-auf-den-open-skies-vertrag/), und inwieweit ignoriert die Entscheidung von US-Präsident Donald Trump, den Vertrag über den Offenen Himmel zu kündigen, das Interesse derjenigen Vertragsstaaten, die in Spannungs- und Konfliktregionen auf eigenständige und objektive Erkenntnisse angewiesen sind und nicht über eine nationale Satellitenaufklärung verfügen (www.swp-berlin.org/publikation/angriff-auf-den-open-skies-vertrag/)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

86. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung die am 20. Mai 2020 von der EU-Kommission vorgestellte „Farm-to-Fork“-Strategie (https://ec.europa.eu/food/sites/food/files/safety/docs/f2f_action-plan_2020_strategy-info_en.pdf)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

87. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, welche religiösen und kulturellen Bezüge in den Familien nach Meinung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend viel Druck und Gewalt auf lesbische Frauen ausüben, und auf welcher Datengrundlage diese Aussage getroffen

wird (www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/beduerfnisse-und-rechte-lesbischer-frauen-sichtbarer-machen/154882)?